Bundesministerium
Europäische und internationale
Angelegenheiten

Geschäftszahl:
2026-0.840.914

71/9
Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

25. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs, Den Haag, 30. November bis 7. Dezember 2026; österreichische Delegation

Voraussichtlich von 30. November bis 7. Dezember 2026 wird in Den Haag die 25. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts (RS) des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gemäß Art. 112 RS (BGBl. III Nr. 180/2002 idF BGBl. III Nr. 95/2015 und BGBl. III Nr. 96/2015) stattfinden.

Bei dieser Tagung stehen die jährliche Generaldebatte über die Arbeit des IStGH und die Beschlussfassung über das Budget des Gerichtshofs für 2027 auf der Tagesordnung. Weiters findet die Wahl sechs neuer IStGH-Richterinnen und Richter sowie die Wahl von Vertreterinnen und Vertretern im Büro der IStGH-Vertragsstaatenversammlung statt. Darüber hinaus werden die Auswirkungen bestehender und möglicher zukünftiger Zwangsmaßnahmen durch Nicht-Vertragsstaaten auf den IStGH, insbesondere der von den USA gegen den IStGH erlassenen Sanktionen, sowie mögliche Schritte zur Sicherung der Tätigkeit des Gerichtshofs ein wichtiges Thema sein. In diesem Zusammenhang könnten auch Beschlüsse zu einem möglichen Dialog mit den USA getroffen werden. Ebenso werden Austritte aus dem Römer Statut und die Verletzung der Kooperationsverpflichtung durch einige Vertragsstaaten im vergangenen Jahr thematisiert.

Obwohl die IStGH-Vertragsstaatenversammlung aufgrund der vorgesehenen Wahlen in diesem Jahr in New York hätte stattfinden sollen, wird sie wegen der von den USA erlassenen Sanktionen ausnahmsweise in Den Haag abgehalten.

Die aktive und hochrangige Teilnahme der österreichischen Delegation an der 25. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten ist gerade angesichts der stattfindenden Wahlen

sowie der Beratungen und Beschlussfassungen in Zusammenhang mit den gegen den Gerichtshof gerichteten Zwangsmaßnahmen durch Nicht-Vertragsstaaten besonders wichtig.

Es ist beabsichtigt, zu dieser Tagung folgende österreichische Delegation zu entsenden:

Frau Bundesministerin Dr.in Anna Sporrer Delegationsleiterin	Bundesministerium für Justiz
Botschafter Mag. Engelbert Theuermann stv. Delegationsleiter	Österreichische Botschaft Den Haag
Gesandte Mag.a Viktoria Wagner stv. Delegationsleiterin	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Leitender Staatsanwalt Dr. Andreas Pollak	Bundesministerium für Justiz
Gesandter Mag. Martin Krüger	Österreichische Botschaft Den Haag
Mag. Faris Sider	Österreichische Botschaft Den Haag
Lea Stadler, LL.M., BSc.	Österreichische Botschaft Den Haag
Dr.in Astrid Reisinger Coracini	Universität Salzburg

Der Delegation werden, wenn nötig, die erforderlichen Beraterinnen und Berater aus den zuständigen Bundesministerien beigezogen werden.

Die mit der Entsendung dieser Delegation verbundenen Kosten finden ihre Bedeckung in den Budgets der jeweils entsendenden Ressorts. Sofern Beschlüsse zu Beitragserhöhungen gefasst werden, werden sie aus den dem zuständigen Ressort zur Verfügung gestellten Mitteln bedeckt.

Im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Justiz stelle ich daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, die Mitglieder der österreichischen Delegation in der oben angeführten Zusammensetzung zur Teilnahme an den Beratungen und Beschlussfassungen der 25. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs zu bevollmächtigen.

13. November 2026

Mag.ª Beate Meinl-Reisinger, MES
Bundesministerin